

Bezugspreis: Vierteljahr 1.75 M., monatlich 1.25 M., freilich dem vorausgehenden Einzelnen...

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis: Die schillingpaltige Kuponzeile kostet 50 Hg. 'Reine Anzeigen'...

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 15190-15197.

Donnerstag, den 23. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moriaplan, Nr. 11753-54.

Erste Nothilfe für Deutschland.

Lebensmittel für 30 Millionen Dollar.

Ueber die in Trier geflogenen Verhandlungen wegen der Lebensmittelfuhr hat Unterstaatssekretär von Braun...

Wir sind, genau wie die Deutsche Waffenstillstandskommission selbst, erst am 15. Januar verständigt worden...

Die Vertreter der Hochseereisen (Hamburg-Amerika-Linie und Bremer Lloyd) hatten nicht einmal Zeit, die Bedingungen über die Uebergabe der Handelstonnage in Ruhe zu lesen...

Sie mit den Vertretern von Amerika und der Entente über die Lebensmittelforderungen geflogenen Verhandlungen bezogen sich daher nur auf die Ausfuhr der bereits gefassten Beschlüsse...

in Höhe von etwa 30 Millionen Dollar für Kranke, Kinder, wessende und hilflose Mütter und einzelne besondere Arbeiterkategorien erfolgen kann und zwar nur unter der Voraussetzung...

Es wurde natürlich mit den Vertretern der Entente und Amerika auch über die weitere Versorgung Deutschlands verhandelt...

Die Weltvorräte an Getreide und an Getreide anseichnend seien, um die gesamte Welt reichlich zu versorgen. Die Versorgung Deutschlands hänge nur von der Erfüllung der gestellten Bedingungen ab...

Das französische Oberkommando hebt den Achtstundentag auf.

Protest der Waffenstillstandskommission.

Berlin, 23. Januar. Die Deutsche Waffenstillstandskommission teilt mit: Das französische Oberkommando hat im Bereich der Eisenbahnen des besetzten deutschen Gebietes vom 20. Januar ab die Einführung des achtstündigen Arbeitstages an Stelle des bestehenden Achtstundentages befohlen...

Die Entente und Rußland.

Verhandlungen auf Vorschlag Wilsons.

Sankt, 23. Januar. (Holländisch Niemoedbüro.) Aus London wird offiziell gemeldet: Der Präsident der Vereinigten Staaten, die Premierminister, die Außenminister der Alliierten und die Vertreter von Japan waren von 3 bis 16 Uhr versammelt...

Die assoziierten Mächte sind jetzt bei ihrer feierlichen und verantwortungsvollen Arbeit damit beschäftigt, Frieden in Europa zu stiften...

In diesem Geiste und mit diesem Ziel unternehmen sie hiermit den folgenden Schritt: Sie laden jede Organisationsgruppe, die jetzt irgendwo in Sibirien oder innerhalb der Grenzen des europäischen Rußland eine politische oder militärische Gewalt ausüben...

3 Vertreter jeder Gruppe nach den Bringeninseln bei Konstantinopel zu entsenden, wo sie mit den mit Vollmachten versehenen Vertretern der assoziierten Mächte zusammentreffen sollen. Gleichzeitig soll ein Waffenstillstand zwischen den eingeladenen Parteien geschlossen werden...

Völkerbund und Arbeiterinternationale.

Paris, 22. Januar. (Reuter.) Trotzdem das russische Problem zurecht die Aufmerksamkeit der Friedenskonferenz in Anspruch nimmt, tritt die Frage der Organisation des Völkerbundes in ihrer ganzen Größe aus dem Hintergrunde hervor...

Der polnische Vormarsch zum Stehen gebracht

Truppenwerbung.

Aus Thorn wird der Telegramm gemeldet: Der polnische Vormarsch ist auf der ganzen Front zum Stehen gekommen. Die Polen sind 10 Kilometer vor Bromberg stehen geblieben. Thorn ist bis jetzt überhaupt nicht mehr bedroht...

Die nächste Ausgabe wird sein, den Rückmarsch der Polen zu erzwingen und unsere Volksgenossen im Osten aus der großen Peinigung für ihr Leben und ihre Existenz zu befreien. Unsere braven freiwilligen Truppen finden im Hinterlande lebhafteste Sympathie. Die Truppenwerbung macht rasche, erfreuliche Fortschritte. Das ganze Volk steht treu zu unseren Volksgenossen im Osten.

Das Streikrecht.

Allgemeines zu den jüngsten Ereignissen.

Die Arbeitskraft ist jedes Menschen ureigenster Besitz. Er kann in völliger Freiheit darüber verfügen. Er hat deswegen auch das Recht, sie zu verweigern. Im gesellschaftlichen Verbands allerdings, wo alle Wirtschaft auf Leistung und Gegenleistung beruht, hat die Verweigerung der Arbeitskraft die Verweigerung der Gegenleistung (Lohn, Existenzmittel) zur Folge...

Die ganze Gewerkschaftsbewegung beruht darauf, eine solidarische Kraft zu schaffen, die von der Verweigerung ihrer Arbeitskraft Gebrauch machen, den gleichzeitigen Schutz ihrer Existenz gewährleistet. Der Arbeiter hat das Recht zu streiken, wenn seine Vergütung in keinem Verhältnis zur aufgewendeten Produktivkraft steht. Dieses Streikrecht kann sogar zu einer Streikpflicht werden...

Der Charakter der kapitalistischen Produktionsweise bringt es mit sich, daß dem Arbeiter nur ein gewisser Teil des Ertrages seiner Arbeitskraft in Lohn ausbezahlt wird und daß der andere Teil als Mehrwert von dem Unternehmer zurückgehalten wird. Der Arbeiter aber hat ein natürliches Anrecht auf den vollen Ertrag seiner Arbeitskraft...

Der Arbeiter hat also das Streikrecht und selbst die Streikpflicht, um seine und seiner Klassengenossen Ausbeutung zugunsten des Unternehmersprofits zu verhindern. Natürlich kann das Streikrecht auch da gegeben sein, wo primitive und nicht leistungsfähige Betriebe nur unter berechtigter Ausnutzung der menschlichen Arbeitskraft sich konkurrenzfähig erhalten. In solchen Fällen bildet immer das Existenzminimum für den Arbeiter den Ausgangspunkt für seine Forderungen.

Das Streikrecht wird aber zum Streikrecht, wenn damit Leistungen erzwungen werden, die über das Maß der aufgewendeten menschlichen Produktivkraft hinausgehen. In diesem Falle wird die Anwendung des Streiks zu einer wirtschaftlichen Gefahr und hat die Wirkung, die ökonomische Kraft eines Volkes zu vermindern. Wenn in solchen Fällen diese Gefahr und diese Wirkungen vermieden werden sollen, dann kann es nur so geschehen, daß die Ueberforderungen der Arbeiter von den Unternehmen auf die Konsumenten abgewälzt, also auf die Preise geschlagen werden...

Wenn besondere katastrophale Feuerungsereignisse auftreten, so entsteht leicht die Gefahr einer völligen Verminderung der Grenzen für das berechnete Existenzminimum. Wenn aber diese Feuerungsereignisse, wie in unserer Zeit, Folgen von allgemeinem Mangel, Krampf und wirtschaftlicher Erschöpfung sind, so muß der Bedarf Existenzminimum eine allgemeine Korrektur erfahren. Dann sollen Existenzminimum und -maximum zusammen und ihre Größe in durch den Umfang der zur Verfügung stehenden nationalen Produktion bedingt.

Jeder Mensch im Staate hat zur Fristung seines Lebens Anspruch auf einen angemessenen Teil der vorhandenen Existenzmittel. Wer sich davon mehr aneignet, als bei gerechter Verteilung auf ihn entfallen würde, schädigt die anderen und muß erleiden, daß er von den anderen darum bekämpft wird. Selbstverständlich ist hier gerechte Anteil nur theoretisch zu erfassen. Es wird immer ein Unterschied zu machen sein zwischen den Bedürfnissen eines Schwer- und Schwermarbeiters und denen eines Leichtarbeiters, zwischen denen eines rein mechanischen Durch-

Arbeiter und denen von solchen Menschen, deren Arbeit mit so hoher Verantwortlichkeit verknüpft ist, daß sie diese Arbeit überhaupt nur bei völliger Unterbindung jeder Störung durch kleine häusliche Sorgen zu leisten vermögen.

Unter diesen Gesichtspunkten ist ein Teil der Streiks in der letzten Zeit Lotengraberarbeit am Volke. Es sind nicht mehr die Streiks, für deren Berechtigung wir mit Klauen und Nähen gekämpft haben und für die wir willig Verfolgung und Verachtung seitens der bürgerlichen Gesellschaft auf uns genommen haben. Diese Streiks sind vielmehr lediglich Folge der Revolution und Folge des Umstandes, daß zahlreiche Arbeiter, die sonst die beruflichen und persönlichen Opfer des zielbewußten gewerkschaftlichen Kampfes geschont haben, heute mit ungeklärten Ideen und entblößt von der hohen Verantwortung, die der gewerkschaftliche Kampf früher erzeugt hat, nicht in der Lage sind, die Bedürfnisse der Gesamtwirtschaft des Volkes zu überblicken und aus diesem Mangel heraus zu der einseitigen Auffassung gelangen, daß die Revolution eine große Lohnbewegung sei.

Gerade die Revolution, die die Arbeiter in den Besitz der politischen Macht gesetzt hat, muß zur allergrößten Sorgfalt und weisesten Voraussicht bei wirtschaftlichen Forderungen mahnen, wenn wir sozialisieren wollen, und dadurch gerade sollen sich die schönsten Hoffnungen der Arbeiterschaft erfüllen — so müssen wir mit größter Gewissenhaftigkeit jede Erschütterung unseres geschwächten Wirtschaftslebens abmehren und in erster Linie die Sicherung geregelter Produktionsfähigkeit und erhöhte Produktion vor Augen haben.

Das sind die Voraussetzungen, an die der wirtschaftliche Aufstieg Deutschlands geknüpft ist. Wenn wir sie nicht zu erfüllen vermögen, so treiben wir rettungslos dem Zusammenbruch entgegen.

Heute schon ist die Kohlennot zu einer Katastrophe für unser Verkehrsleben geworden und wenn die wilden Kohlenstreiks noch fortdauern, so wird in aller kürzester Frist die ganze deutsche Industrie lahm liegen.

Die Revolutionsstreiks sind nichts anderes als ein vergeblicher Kampf, den Nahrungsmittelspielraum zu erweitern. Haben einige Gruppen das erreicht, so schmilzt indessen durch die Lohnbewegung der übrigen Gruppen die Teuerungswelle erneut an und säuemet die Arbeiter wieder in den alten Mangel zurück. Dann muß es zu neuen Streiks kommen und das grausame Spiel hat kein Ende.

### Arbeiterforderungen in Spanien.

Madrid, 22. Januar. (Sabad.) Eine Arbeiterdelegation legt dem Ministerpräsidenten die Forderung der Arbeiterschaft vor. Diese Delegation verlangt die unverzügliche Annahme folgender Mindestforderungen: achtstündiger Arbeitstag, Mindestlohn entsprechend der Lebenshaltung, Abschaffung der Arbeitslosigkeit, Abkehrung der Ausbeutung des bearbeitbaren Bodens, der dem Staat oder den Gemeinden gehört, an die landwirtschaftlichen Genossenschaften.

### Eine Denkschrift Wilsons über den Völkerbund.

Amsterdam, 22. Januar. (Melburg der Telegrafischen Kompanie.) Wie aus Paris gemeldet wird, hat Präsident Wilson seine Denkschrift über den Völkerbund endgültig fertiggestellt. Nach dem Inhalt des Memorandums, das dem Bureau der Friedenskonferenz unterbreitet werden soll, wird bekannt, daß die Vereinigten Staaten und die alliierten Mächte den Kern des Völkerbundes bilden, daß aber alle übrigen freien Nationen in die Liga aufgenommen werden können. Eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Bundes bildet die Verhütung künftiger Kriege, und zwar in der Weise, daß alle dem Völkerbund angeschlossenen Nationen sich bei etwaigen Streitigkeiten dem Urteil des vom Völkerbund eingesetzten Schiedsgerichts unterwerfen müssen. Für die Aufnahme Deutschlands und Russlands in den Völkerbund gilt die Einschränkung,

daß sich in beiden Ländern erst die politischen Verhältnisse bessern müssen, bevor die Aufnahme erfolgen kann. Unter allen Umständen soll

aber vermieden werden, aus dem Völkerbund einen Torso zu machen, denn nur wenn alle Völker Europas einschließlich der übrigen Kulturstaaten der Erde ein gemeinsames Ganges bilden, kann der Zweck, der verfolgt wird, erreicht werden. Die Denkschrift des Präsidenten, die mit dem 1. Februar in Kraft tritt, bildet die Grundlage der Verhandlungen über den Völkerbund. Die Beratungen sollen so schnell als möglich begonnen und mit Beschleunigung durchgeführt werden.

### Portugal wieder Monarchie.

Lisbon, 22. Januar. Sabad. In der Grenze aus Porto eingetroffenen Telegrammen zufolge wurde Montagabend vor dem Stadthaus in Gegenwart der versammelten Truppen die Monarchie mit König Manuel proklamiert. Der Kriegsminister schloß sich der Bewegung an. Nur in Valencia do Minho erregte sich ein Zwischenfall, wo der Kommandant sich weigerte, die Fahne der Republik einzuziehen. Die Bewegung ist wahrscheinlich auch in Lissabon erfolgreich. Zahlreiche Republikaner wandern nach Spanien aus.

### Erste Unruhen in der tschechoslowakischen Armee.

Prag, 22. Januar. (Melburg des Holländisch Neuenbüders.) In den Reihen der tschechoslowakischen Armee macht sich seit einiger Zeit eine Bewegung unter den Soldaten bemerkbar, die immer ernstlicheren Umfang anzunehmen scheint und maßgebenden Stellen Anlaß zur Besorgnis bietet. Die Mannschaften verweigern den Gehorsam. Es ist wiederholt zur Bedrohung von Offizieren gekommen, wenn diese versuchten, in Fällen von Ungehorsam die Ordnung herzustellen. In der letzten Zeit hat sich diese Bewegung unter den tschechoslowakischen Truppen verstärkt, und es soll zu ersten Zwischenfällen gekommen sein. Die neueste Mobilmachung der tschechoslowakischen Armee trägt viel zur Verschärfung dieser Zustände bei.

### Belagerungszustand über ganz Rußland verhängt.

Kopenhagen, 23. Januar. (TM.) Über ganz Rußland wurde der Belagerungszustand verhängt. Moskau und Petersburg wurden durch Befestigungsarbeiten gesichert.

### Braunschweig macht Politik.

Braunschweig, 22. Januar. Es ist beschlossen worden, Donnerstag vormittag allgemein die Arbeit wieder aufzunehmen. Auf einer heute nachmittag auf dem Schloßhof abgehaltenen Versammlung ergriffen mehrere Redner von der Regierung das Wort. Wie die „Braunschweigische Landeszeitung“ berichtet, wurde mitgeteilt, die Ausständigen hätten die Berliner Regierung aufgefordert, zurückzutreten, um einer wirklich sozialistischen Regierung Platz zu machen. Die Vertreter aus Rheinland und Westfalen hätten sich mit Braunschweig solidarisch erklärt. Sollte die Berliner Regierung nicht zurücktreten, so sei man entschlossen, sich von Berlin loszusagen, um zusammen mit Rheinland und Westfalen unter Anführung vielleicht auch von Hamburg, Bremen und Leipzig eine selbständige Republik zu bilden.

Derler-Seydl mit den rheinischen Zentrumsseparatisten Arm in Arm — ein sehr schönes Bild! Rückblick zu den Akten.

### Der Streik im Ruhrrevier beendet.

Essen, 22. Januar. Bei der heutigen Morgensticht fuhr die Belegschaft sämtlicher Werke wieder an.

Camden, 22. Januar. Die ausständigen Arbeiter der Gewerkschaften Deutscher Kaiser und Rhein veranlaßten gestern eine Anzahl Versammlungen auf dem Altmarkt, in denen Diebstahl und Rauschgift in verschiedenen Reden gelehrt wurden. Einer der Redner aus Mülheim teilte über die Verneinung der Sparlosgewerkschaft mit, daß die Vertreter der Bergleute, die augenblicklich sich in Essen befinden, sich für die Entzweiung der Sparlosgewerkschaft entschieden hätten, trotz der Einwendungen, die seitens Saafes und Hues gemacht wurden. Ein eintägiger Massenstreik solle den Willen der Arbeiter kundgeben. Unter dem Glockengeläut der Kirchen, das von den Mitgliedern der Sparlosgewerkschaft begleitet wurde, zog später ein großer Demonstrationzug mit Musik durch die Straßen. Zum Schluß wurde bekanntgegeben, den Krieg und seine Folgen finanziell schwer belastete Staat hier helfend eingreifen kann, ist jedenfalls mehr als fraglich; schon während des Krieges haben zahlreiche Künstler dies schwer empfinden müssen. Um so mehr werden wir uns nach anderen Erwerbsmöglichkeiten umsehen müssen. Es ist zweifellos, daß ein gedorener Künstler nie auf künstlerische Verdienste verzichten kann und wird — aber nebensächlich wird er gezwungen sein, sich irgendwie anderweitig zu betätigen, damit er leben kann. Er wird sozusagen einen Nebenberuf haben müssen, wozu sich ja alle kunstgewerblichen Berufe eignen.

Diese Tatsache deren Wahrheit sich doch niemand mehr verschließen kann, zwingt uns, die Ausbildung unseres künstlerischen Nachwuchses auf eine ganz andere Grundlage zu stellen, als selber. Denn der Beruf, von welchem sich die meisten Künstler in der Hauptsache ernähren müssen, kann doch nur ein solcher sein, den sie vorher erlernt haben, ehe sie Künstler wurden, und den sie so gründlich erlernt haben, wie alle diejenigen, die ihn zeitweilig ausschließlich ausüben wollen, sonst können sie mit diesen ja gar nicht konkurrieren. Das ist aber nur möglich, wenn sie ihre Ausbildung nicht als Schüler einer Akademie, sondern als Lehrling bei einem Handwerkermeister beginnen. So haben die großen Meister der Gotik und der Renaissance ihre Ausbildung begonnen, und deshalb gab es in diesen Zeiten auch kaum ein Künstlerproletariat, denn wer nicht auf grund seines Talents von Arbeiten rein künstlerischer Art leben konnte, ist eben Handwerker geblieben. So vollzog sich ganz von selber eine Auswahl der Tüchtigsten. Diese gute Tradition müssen wir wieder aufnehmen. Nur wer als Lehrling bei einem Kunsthandwerker hervorragendes Talent zeigt, kann in eine Handwerker- oder Kunstgewerbeschule aufgenommen werden, und nur die Besten der so Vorgebildeten können in einer Akademie die letzte künstlerische Ausbildung auf allen Gebieten der bildenden Kunst erhalten. So verliert der junge Künstler nie den Boden unter den Füßen und kann jeden Augenblick wieder in den von ihm erlernten Beruf zurück, wenn er von rein künstlerischer Verdienste allein nicht leben kann. Ich habe diese Gedanken eingehend in meinem „Buch der Kunstgewerblichen und künstlerischen Berufe“ (Verlag Georg Siemens, Berlin W 37, 2. Auflage, Preis 4 M.) ausgeführt, und die vielen zustimmenden Zeugnisse, die ich von erfahrenen Künstlern und ganz besonders aus dem Kreise der Lehrer fortwährend bekomme, beweisen mir, daß ich mit meinen Anschauungen auf dem rechten Wege bin.

Trotzdem sehe ich aber nicht, daß an allen Akademien ernsthafte Anstalten gemacht werden, die Ausbildung der Künstler den neuen sozialen Anforderungen entsprechend umzugestalten. Nur die

daß nach längeren Verhandlungen mit der Bergarbeiterkommission in Essen heute die Arbeit wieder aufgenommen werden soll.

Kleinere Arbeitseinstellungen, wie bei dem Gas- und Wasserwerk der Gewerkschaft Deutscher Kaiser und bei der Gewerkschaft Lohberg, wurden noch im Laufe des Tages durch Verhandlungen beigelegt. Dagegen hat auf dem letztgenannten Werk die technische Beamtenschaft die Arbeit eingestellt, da sie sich mit einer Reihe von Maßnahmen zur Bergesellschaftung nicht einverstanden zu erklären vermochte.

### Ein Arbeiterdichter im „Vorwärts“ gefallen.

Wie wir erfahren, ist bei den Kämpfen um den „Vorwärts“ der Arbeiterdichter Werner Müller gefallen. Er gehörte der sozialistischen „Redaktion“ an. Der Arbeiterrat von Darmen, seiner Heimat, beabsichtigt, ihm zu Ehren den Kaiserplatz in Müllersplatz umtauschen zu lassen.

### Die Dum-Dum-Maschine der Spartakisten.

Die „Freiheit“ hat die von zahlreichen Zeugen beglaubigte Tatsache bekräftigt, daß bei den im „Vorwärts“ gefangenen Spartakisten zum Teil Dum-Dum-Maschinen gefunden wurden. Jetzt hat eine genauere Durchsichtung der Räume ein vernichtendes Beweismaterial zutage gefördert. In den Geschäftsräumen der Firma A. Fischer im ersten Lueregebäude, die einen Hauptsitz der Spartakisten bildeten, steht eine Stoffschneidemaschine zum Abschneiden von Stoffmustern usw. Bei der Reinigung des Geschäftsräume wurden um die Maschine verstreut eine ganze Anzahl abgeschüttelter Stoffstücke gefunden. Eine genauere Untersuchung der Maschine ergab, daß unter dem herabgedrückten Schneidemesser noch eine abgeschüttelte Spitze fest eingeklemmt lag, ein sicherer Beweis, daß die Maschine zum Abschneiden von Stoffschüssen verwendet wurde.

Da es sich um eine gewellte Klinge handelt, so hat die Schnittfläche die Form eines Kerbschnittes, die abgeschüttelten Patronen müssen also nach innen aufgedreht gewesen sein, etwa wie eine abgeschüttelte Zigarette. Welch entsetzliche Morden derartige Geschosse anrichten, weiß jeder, der im Felde gewesen ist.

### In Hamburg wieder Ruhe.

Hamburg, 23. Januar. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts“.) Die Nacht ist hier ruhig verlaufen. In neuen Kämpfen ist es bisher nicht gekommen.

Hamburg, 22. Januar. Um gegen die von dem großen Arbeiterrat beschlossene Wahlordnung für den Arbeiterrat Einspruch zu erheben, sind die Arbeitslosen am Vormittag vor das Rathaus und dann vor das Generalkonsulat gezogen. Der dort tagende große Arbeiterrat stimmte einem Vermittlungsantrage zu, nach welchem alle Arbeitslosen nach Berufsgruppen wählen können. Vor Bekanntgabe des Beschlusses führte das Eindringen der Menge in den Saal zu einem Tumult, der die Verhandlungen auf eine halbe Stunde unterbrach. Die Sicherheitsmannschaften vor dem Generalkonsulat wurden veranlaßt, sich zurückzuziehen. Im großen Arbeiterrat erklärte der zurückgetretene Vorsitzende der Exekutive Dr. Laufenberg und ihr Mitglied Dr. Herz, daß sie mit dem Vorgehen der Sicherheitsmannschaften nicht einverstanden seien. Anstelle Laufenbergs wurde der Reichheitssozialist Senje zum Vorsitzenden der Exekutive gewählt.

Im Anschluß an die Arbeitslosensundgebungen vor dem Generalkonsulat begab sich eine große Menge Arbeitloser, darunter spartakistische Elemente nach der Hallesgasse, wo sie zwei Automobile der Sicherheitsmannschaften mit Maschinengewehren wahrnahmen und zwei Polizeiwagen säumten. Schär wurden die Wagen und die beiden Automobile wieder von Sicherheitsmannschaften zurückgenommen, wobei ein Spartakist getötet wurde. In verschiedenen Teilen der Stadt kam es zu Schießereien. Auf dem alten Steinweg wurden patronenlösende Sicherheitsmannschaften aus den Fenstern beschossen, worauf die Sicherheitsmannschaften das Feuer erwiderten und zwei Leute erheblicher verletzten. Aus Anlaß dieser Vorgänge wurde abends der verschärfte Belagerungszustand verhängt. Die wichtigsten Gebäude der Stadt sind in weitem Umfange abgesperrt und es sind umfassende Sicherheitsmaßnahmen getroffen.

Eine spätere Meldung besagt: Die Unruhestifter hatten sich in Besitz mehrerer Polizeiwagen und des Gebäudes der Landkassenschatzerei gesetzt. Bis auf das Gebäude der Landkassenschatzerei ist alles wieder im Besitz der Regierungstruppen. Der militärische Sicherheitsdienst, der etwa 8000 Mann Infanterie und Kavallerie zur Verfügung hat, beabsichtigt, mit aller Schärfe weitere Krawalle im Keime zu ersticken, um Vorkommnisse wie in Berlin zu verhindern.

Berliner Akademie hat vielversprechende Versuche nach dieser Richtung unternommen. Es fehlt in den Akademien an Lehrern, die selber diesen Weg gegangen sind, und wenn auch im Kultusministerium solche Männer lägen, so würde das der Kunst sehr zum Vorteil gereichen. Aber es wäre ein geradezu verwerflicher Verzicht, wenn angelehrt der zukünftigen Gewerkschaften die jungen Künstler ruhig weiter in der alten Weise auf den Akademien ausgebildet würden, um sie dann ihrem Schicksal zu überlassen.

### Notizen.

— Deutsches Nationaltheater. Der Intendant des Weimarer Landes-Theaters, Ernst Hardt, rief am Sonntag nach einer Festvorstellung von Schillers „Tell“ im Auftrag der Regierung die von ihm seit kurzem geleitete Bühne zum Deutschen Nationaltheater auf. Damit wäre das Ziel erreicht, um das sich seit Jahren namhafte literarische Persönlichkeiten mühten.

— Der neue Staat und das Theater. Über dieses Thema verhandelt eine große öffentliche Schauspielerversammlung am Freitag nachmittag 4 Uhr im Deutschen Künstler-Theater.

— Theater. Im kleinen Theater mußten wegen des Streiks der Elektrikanten die Proben zu Carl Sternheims „Tosca“ wieder unterbrochen werden. Die Uraufführung wird daher nicht am Freitag, sondern später stattfinden. — Das Regio-Theater verabschiedet aus gleichen Gründen die Eröffnung von Björnsons „König“ zunächst auf Freitag, den 24. Januar.

— Dem Andenken Viktor Adlers hat die Wiener Arbeiterschaft ein Sinfonieconcert gewidmet, das Meisterwerke von Bruckner und Beethoven darbot, von jenem einen Auschnitt aus dem Adagio der Siebenten Sinfonie, von Beethoven die Kenntnis in der „Wiener Arbeiterzeitung“ wird gesagt: „Die Kenntnis Sinfonie ist eine große Ode menschlicher Leidensämpfe. Adlers Leben wurde von den Dörren in Beethovens Musik nachahmt erlebte. Man kämpfte, litt und trübseligte mit dem Golden, dessen Triumph der Triumph der Menschheit ist.“

Das Programmbuch brachte in Hochmildebrud einen Brief, dem Adler im Sommer 1876 aus Wehrhild schrieb. Er stand im Dem der ersten Aufführung von Wagners „Rheingold“, das Werk erklärte ihm in seiner „wilden schlichten Wahrheit“ als ein „Gütergebilde“, dessen Macht ihn von der „den platten Wirklichkeit“ trennte.

— „Schloß Reibitz“, eine dramatische Legende von Max Gailde, gelangte im Münchener Schauspielhaus zur Uraufführung, ohne mehr als einen Achtungserfolg zu erzielen. Das Werk, das reich an geistigem Gehalt und künstlerischem Willen ist, ermüdet durch die Häufung der unbilligen Beziehungen, die einer starken äußeren dramatischen Entwicklung feind sind.

### Bildende Kunst und sozialistischer Staat.

Von Hermann Widmer.

Was wird aus uns in einem sozialistischen Staat? Das ist die Frage, die sich heute wohl mehr oder weniger alle Künstler, und ganz besonders die bildenden Künstler vorlegen dürften.

Wir stehen dieser Frage ohne geschichtliche Erfahrung gegenüber. Denn einen sozialistischen Staat hat es ja, so lange es eine Kunst gibt, noch nie gegeben. Die Erfahrungen der Kunstgeschichte und der heute lebenden Kunstgeschichte bedenken sich aber in einem Punkt: je mehr eine Staatsform die Gewinnung großer Einkommen und Vermögen fördert, um so günstiger waren immerhin die Erwerbsbedingungen der bildenden Künstler, einschließlich der handwerklichen Vermittler ihrer Arbeit. Das Beispiel aus der jüngsten Gegenwart ist ja bekannt: selten haben die Kunstausstellungen bis herab zu den vielen neuen Kunststätten in der Friedrichstraße usw. solche Umläufe erzielt, wie in den letzten beiden Kriegsjahren, einer Zeit der unheimlich leichten Vermögensbildung durch Kriegsgewinne usw.

Wenn nun aber ein Staatsgebilde entsteht, das genau die entgegengesetzte Tendenz hat, was wird dann aus der Kunst? Niemand kann das voraussehen, denn wir leben, wie gesagt, etwas noch nie Dagewesenen gegenüber. Aber eines ist sicher: die Kunst wird nicht untergehen! Denn die Kunst ist in erster Linie eine Leidenschaft. Sie zwingt, wie jede andere Leidenschaft, den Weg, den sie ihr hingucken, gleichviel, ob es ihm leicht gemacht wird oder schwer; er muß, muß unbedingt, und weil er innerlich muß, wird er unter allen Umständen eine Möglichkeit schaffen, sich künstlerisch zu betätigen.

Aber der sozialistische Staat kommt nicht von heute auf morgen, sondern ist nach dem Urteil der besten Sozialisten ein Produkt langsame Entwicklung — und es dauert vielleicht Generationen, bis er erreicht ist. Wir heute lebenden Künstler, und jedenfalls auch die nächste Generation, die jetzt in der Ausbildung begriffen ist, hat sich insoweit nicht auf den vollendeten sozialistischen Staat einzurichten, sondern eben auf jene Ubergangszeit. Und die Veränderungen, die diese und bringen wird, lassen sich schon eher einermahnen übersehen. Wenn die Vermögen zum Teil angegriffen, die höheren Einkommen reduziert, die größeren Unternehmungen vergesellschaftet werden, so ist es ganz klar, daß gerade jene Schichten der Bevölkerung, die sich jetzt in der Lage waren, Kunstwerke zu erwerben und auf welche sich unsere Existenz also gestützt hat, dazu nicht mehr imstande sein werden. (Ob der durch

# Die Wahlen.

Schon vor dem Bekanntwerden der Wahlergebnisse ist hier gefagt worden, die Sozialdemokratie werde den Spruch des Volkes anerkennen, gleichgültig wie er ausfalle. Für einen Sozialdemokraten, der zu seinem Programm steht, gibt es gar keinen andern Standpunkt. Wir konnten gegen das Dreiklassenhaus rebellieren, ja selbst gegen den alten Reichstag, dessen Wahlrecht nicht allgemein und nicht mehr gleich war; wir können es nicht gegen eine wirkliche Volksvertretung, wie sie sich in der soeben gewählten Rationalversammlung darstellt.

Bürde die Sozialdemokratie den Versuch machen, mit Gewalt mehr Macht an sich zu reißen, als sie ihm das Volk zuteilt, so würde sie mehr als die Hälfte des Volkes gegen sich haben, er wäre also zum Scheitern verurteilt. Ein großer Teil ihrer jetzigen Anhänger würde sich dann aber auch von der Sozialdemokratie abwenden, und sie wäre zum Schluß machtloser, als sie es zuvor gewesen ist. Es würde ihr dann gehen wie dem Hund in der Fabel, der mit dem Stück Fleisch in seinem Maul noch nicht genug hat, sondern auch noch nach dessen Spiegelbild im Wasser schnappt und so das wirkliche Stück auch noch verliert.

Der Ausfall der Wahlen hat gezeigt, daß eine rein sozialdemokratische Mehrheit der deutschen Volksvertretung in den Bereich der allernächsten Möglichkeiten gerückt ist. Sie wird um so eher zu erreichen sein, je weniger die Arbeiterbewegung von ihren äußeren Zielen durch innere Kämpfe abgelenkt wird.

Die Sozialdemokratie denkt darum nicht daran, sich auf zusätzliche Irrwege zu verlieren, sie wird die demokratisch-parlamentarische Methode beibehalten, der sie ihren Aufstieg verdankt und die ihr, nach einer leichten Wahrscheinlichkeitsrechnung, in absehbarer Zeit den vollen Sieg bringen wird.

Die „Freiheit“ errechnet, daß mehr als die Hälfte aller Wähler, nämlich rund 10 Millionen, sozialistisch gewählt hätten, wovon 1.000.000 Stimmen, also noch nicht ein Fünftel auf die Unabhängigen entfallen wären. Die bürgerlichen Parteien hätten aber den Vorteil gehabt, mit verbundenen Händen zu operieren, während die beiden sozialistischen Parteien getrennt vorgegangen wären. Damit stellen die Unabhängigen sich selber das Zeugnis aus, daß sie durch die Erhaltung der Massen um den vollen Wahlsieg gebracht haben.

## Scheidemann über den Wahlausfall.

Genosse Scheidemann erklärte dem Berliner Korrespondenten des „N. N.“, daß die Wahlen so ausgefallen sind, wie die Führer der sozialdemokratischen Partei es vermutet hatten. Die Sozialdemokratie hat zwar, so sagte Scheidemann, nicht die absolute Mehrheit bekommen, aber sie ist die überragende stärkste Partei, und sie wird darum, da jede künftige Regierung parlamentarisch sein muß, unter allen Umständen auf lange hinaus in allen großen und kleinen Fragen der Entwicklung des Deutschen Reiches entscheidend mitwirken. Die Sozialdemokratie wird, weil sie von dem Willen der erwählten Reichsversammlung des deutschen Volks getragen wird, innerhalb der Regierung stets eine maßgebende Macht sein, so daß mit Sicherheit darauf gerechnet werden darf, in Deutschland den Sozialismus auf demokratischer Basis große Fortschritte machen zu sehen. Daß unsere abgewählten Genossen, die sogenannten Unabhängigen, bei der Wahl kein Glück haben würden, kühnen wir, die wir die deutsche Arbeiterklasse seit Jahrzehnten kennen, sehr genau. Es ist mit Sicherheit anzunehmen, daß bei den zukünftigen Wahlen, etwa bei der zu dem kommenden Reichsparlament, der unerschütterliche Sozialismus, besonders dann, wenn er so wie bisher mit dem Ableger des russischen Bolschewismus, mit Sparta, auch weiterhin liebäugelt, noch erheblich an Anhängerzahl verliert. Das deutsche Volk ist eben fest entschlossen, nachdem der verbrauchte Kaiserpalast zusammengebrochen ist, sich ein neues und festes Haus, ein Haus der Arbeit zu schaffen. Wieweit hierbei die Sozialdemokratie mit der bürgerlichen Demokratie zusammengehen kann, bleibt abzuwarten. Es ist anzunehmen, daß sich in politischen Fragen ein Zusammenarbeiten zwischen uns und der bürgerlichen Demokratie ermöglichen wird.

Das Gespräch ging dann über auf die besonderen Aufgaben der Rationalversammlung und Deutschlands künftige Stellung zu den Fragen der äußeren Politik. Von der Rationalversammlung erwartet Scheidemann die Ausrichtung einer wahrhaft demokratischen, allen modernen Bedürfnissen angepaßten und der Durchführung des Sozialismus im vollsten Umfange Raum gebenden Verfassung. Was die Fragen der äußeren Politik betrifft, so betonte Scheidemann auf das nachdrücklichste, daß Deutschland durch die Annahme der 14 Punkte Wilsons sein wespolitisches Programm bereits offen dargelegt habe. Es wünsche künftighin mit allen Völkern nach den Idealen des Völkerbundes zu verkehren, andererseits könne es natürlich nicht Selbstmord begehen und sich, wie dies jetzt die Polen zu bräutigamen scheinen, ganze Landesteile mit einwandfreier deutscher Bevölkerung aus dem Reichsgebiet reißen lassen. Ebenso sehr müßte Deutschland es ablehnen, sich von etwa anmarschierenden Bolschewikarmeen zum Terrorismus bekehren zu lassen.

## Zwei Bayern.

### Freiwillige Liebestätigkeit am Staate Bayern.

Am Sonnabend findet in Berlin eine Konferenz einzelstaatlicher Vertreter über den Entwurf einer neuen Reichsverfassung statt. Aus Bayern haben sich dazu Kurt Eisner und Professor G. Jaffe angemeldet. Eisner ist Berliner und Jaffe ist auch aus Hamburg. Das würde nun nicht viel ausmachen, wenn die beiden Männer für die Aufgabe, die sie übernommen haben, vom bayerischen Volke ein Mandat hätten. Insofern ist es ihnen nicht gelungen, trotz mehrfacher Bemühung auch nur einen Sitz in der bayerischen Rationalversammlung zu erlangen. Daß sie sich trotzdem des bayerischen Volkes annähern, zeigt für ihre Arbeit Herz, indes wird die besonders ingrimmige Verletzung bayerischer parlamentarischer Interessen, die von ihnen zu erwarten ist, nur als eine Art freiwillige Liebestätigkeit am bayerischen Staate aufzufassen sein.

Sperrstich und Spiegel. Zum Fall Drach, des sozialistischen Kommandanten bei Wisse, der jetzt im Verhaftet ist, deutscher Militärangehöriger in der Schweiz gewesen zu sein, erfahren wir, daß sich bekannter Herr vor einigen Jahren in Gené als äußerlich linker Sozialist von fast anarchistischer Prägung gab. Als solcher gewann er das Vertrauen seiner Genossen, wodurch ihm Gelegenheit wurde, sich an der Parteikasse zu bereichern. Herr Drach ist also in jeder Beziehung ein würdiges Gegenstück zum „Bor-märz“-Kommandanten Ostermann.

# Groß-Berlin

## Weimarische Begegnung.

Ich reiß, weil ich's nicht fassen kann,  
die Augen mir und nasse:  
Kommt denn da nicht der Strossemann?  
Run lauft mich doch der Affe!

Die Kronen kurr'n, Monarchen geh'n,  
das Reich, es kommt zu Falle —  
doch über allem bleibt bestehn  
und schwimmt vergnügt die Qualle.

Daß Ihr Euch diesen auserwählt —  
ich nehm's nicht übel, Kinder.  
Er hätte ja direkt gefehlt!  
Rein, da secht Big dahinter.

Der Mann gehört mit Aug und Recht  
in Weimars Museentempel:  
Als Bläßgetier, als Lotenspecht,  
kurz: warnendes Exempel!

Paulsen.

## Einschränkungen im Gas- und Elektrizitätsverbrauch.

Die unausbleiblichen Folgen der Arbeitseinstellungen und der verminderten Leistungen der Verarbeiter haben nunmehr auch in Groß-Berlin zu Zuständen geführt, die zu folgenden einschneidenden Einschränkungen des Verbrauchs von Gas und Elektrizität nötigen, die am Sonnabend, den 25. Januar, in Kraft treten:

1. Die Beleuchtung der öffentlichen Straßen und Plätze wird bis auf das für die öffentliche Sicherheit erträgliche Mindestmaß eingeschränkt.

2. Gasmischungen aller Art, Koksretts und sonstige Vergasungsgasarten müssen um 10 Uhr schließend. Die Koksretts und dergleichen Vergasungsgasarten dürfen erst um 4 1/2 Uhr geöffnet werden und müssen am Montag und Freitag geschlossen bleiben.

3. In Theatern, Konzertsälen und Zirkusunternehmungen sowie Lichtspieltheatern ist der Schluß auf 10 Uhr festgesetzt. Nachmittagsvorstellungen sind unzulässig; an einem Tage der Woche dürfen überhaupt keine Vorstellungen stattfinden.

Der spätere Schluß der Theater gegen den der Gaswirtschaften ist mit Rücksicht auf die Bedürfnisse des Verkehrs erledigt, um einen zu starken Andrang an die schon unzureichenden Verkehrsmittel zu verhüten.

4. Die letzten Straßenbahnen für den normalen Personennverkehr werden das Zentrum Berlins um 10 1/2 Uhr verlassen. Hierdurch tritt eine Verlangsamung der Verkehrsgeschwindigkeit der Straßenbahn um etwa über 1 Stunde und dadurch eine erhebliche Verminderung des Stromverbrauches der Straßenbahnen ein.

Zum Schluß hat sich der Kohlenverkehr durch die Angst der Verhältnisse nun doch bedauerlicherweise zur Einführung der Gas-sperre und des Gasstoppes gezwungen, die bereits mehrfach erwonnen wurde, jedoch nur als eine Notmaßnahme für den alleräußersten Notfall zur Durchführung geeignet schien.

Die Sperrstunden sind von 5 1/2 bis 11 Uhr vormittags und von 2 bis 5 1/2 Uhr nachmittags.

Während der Sperrzeit hört der Gaszufuß auf. Die Lampen und Kocher verlöschen oder brennen ganz klein. Sobald dies bemerkt wird, müssen sofort alle Gasflüsse geschlossen werden, da sonst noch Erloschen der Flamme bei Wiederkehr des Gaszufußes die Gefahr besteht, daß das Gas unbenutzt in Rohrleitung und Röhren austritt und Schäden erwirkt. Nach Ablauf der Sperrzeit prüft man an einem Brenner den Gasdruck. Geht es sich der Druck als genügend zur Erzeugung einer normalen Flamme, so darf wieder Gas gebraucht werden. Dann prüft man nochmals gewissenhaft, ob alle unbenutzten Gasflüsse geschlossen sind.

Alle diese Maßnahmen sind nur als Notstandsmaßnahmen zu betrachten und es ist dringend zu hoffen, daß die Maßnahmen in den Kohlenbetrieben und damit die Zufuhr nach Groß-Berlin sich so bald wie möglich wieder so weit bessern, daß diese das öffentliche, häusliche und wirtschaftliche Leben in großem Maß auf das äußerste beeinträchtigenden Maßnahmen wieder aufheben werden können. Es ist jedoch die Hoffnung berechtigt, daß bei einer genaueren Beachtung aller nunmehr erlassenen Bestimmungen ein völliger Zusammenbruch der Gas- und Elektrizitätsversorgung Groß-Berlins vermieden wird.

Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung hat in besonderer Erkenntnis der Notwendigkeit durchgreifender Maßnahmen die Kohlenstelle Groß-Berlin ausdrücklich ermächtigt, bei Zusammenbrüchen gegen diese Bestimmungen die Unterbrechung der Gas- und Elektrizitätslieferung durchzuführen. Bei den Ernst der Lage und der großen Verantwortung wird die Kohlenstelle Groß-Berlin die ihr erwiderten Pflichten mit besonderem Nachdruck erfüllen müssen, soweit nicht die Einsicht der Bevölkerung sie der Notwendigkeit zum Einsparen enthebt.

## Zur Beseitigung der nächsten Schießerei.

Wenn auch die Hochburgen der Spartakusbewegung erledigt sind, so ist doch noch immer ein unerträglicher Zustand der Unsicherheit bestehen geblieben, der sich in den Abendstunden und in der Nacht durch die Schießerei in den Straßen und von den Dächern nur zu deutlich kundgibt. Die deutsche Zusammenziehung von Truppenmassen, die Unterbrechung der einzelnen Personen auf Schulstraßen und die vereinzelt Hausjudungen erscheinen schließlich als nicht geeignet, das Uebel von Grund auf auszuräumen. Es ist mit der alten militärischen Methode des Polizeistaates nicht mehr als eine äußere Unterdrückung zu erreichen. Es ist zu befürchten, daß bei der bevorstehenden Zurückziehung der Truppen die Schießereien an den verschiedensten Stellen der Stadt wieder zunehmen werden.

Nur ein wirklich demokratisches Verfahren, das auf die gesamte ordnungsbeherrschende Bevölkerung sich stützt und deshalb auch zu den strengsten Formen greifen kann, gibt Aussicht auf völlige Beseitigung des Übels.

Es sind sämtliche Hauswände oder deren Vertreter bei schweren Geld- oder Haftstrafen verpflichtet, die Hauseingänge und die Bodenlöcher unter Kontrolle und unbedingtem Verschluß zu halten. Die gesamten Einwohner eines jeden Hauses sind bei Androhung gleich schwerer Strafen verpflichtet, zu je zweien in der Nacht Kontrollen des gesamten Grundstücks und Hauses bis zum Dach vorzunehmen. Sollte es an männlichen Einwohnern fehlen, so sind zu dem Zweck der Kontrolle Soldaten als Einquartierung im Hause aufzunehmen. Für die Kontrolle stellt die zuständige Behörde Waffen und Anweisung zur Verfügung.

Auf sämtliche Parteien des Hauses werden Geld- oder Haftstrafen gelegt, wenn in dem betreffenden Hause von den Organen der öffentlichen Sicherheit unbefugte, mit Waffen versehene Personen vorgefunden oder wenn nachweisbar aus dem betreffenden Hause oder von seinem Dach herab geschossen worden ist.

Für die Ergreifung oder die genaue Verzeichnung einer derartigen vorher gekennzeichneten Person, die zur Festnahme derselben führt, werden Belohnungen ausgesetzt.

## Den Vertrieb des „Vorwärts“

für den gesamten Groß-Berliner Westen übernimmt der Zeitungsvertrieb des Westens, Dabney u. Steudau, Anstalt, Straße 102. — Abonnementsbestellungen und Inserate werden dort entgegengenommen. Die persönliche Zustellung der Zeitungen wird garantiert. — Händler erhalten Zeitungen zum Wiederverkauf dortselbst zu bekannten Bedingungen.

## Zu starken Zusammenkünften bei Entwaffnungsmaßnahmen

Lam es gestern nachmittags gegen 5 Uhr in der Weinmeisterstraße nahe dem Godefroy Markt. Dem Kommandant des freien Jägerkorps wird hierzu berichtet: Daß sich Zusammenkünfte gerade in der Weinmeisterstraße besonders lohnen würden, war schon seit einiger Zeit bekannt, und Truppenteile des Landjägerkorps rückten daher nachmittags in Ausführung des Entwaffnungsbefehls des Oberbefehlshabers Nahe in die dortige Gegend ein. Schon bei der Abfertigung drängte sich das erregte zahlreiche Publikum in starken Massen an die einzelnen Sperrposten und die in die Häuser gehenden Portale heran und machte eine systematische Durchsuchung unmöglich. Als dann die Truppen abrücken wollten, verdrängte die dicke Menge unter lautem Jauchzen und Schreien Teile der Kolonne abzubringen und zurückzuhalten. Tätlichkeiten ließen sich nicht vermeiden, auch fielen Schüsse. Hierbei wurde ein Zivilist getötet und zwar nach den Aussagen mehrerer Augenzeugen durch einen Mann der republikanischen Schwärmer, von der sich einige Leute dem Militär angeschlossen hatten. Derselben Zeugen aus der ruhigen Einwohnerlichkeit und außer ihnen der Matrose Max Pöhl vom 50-Kausch der Marine, befanden einstimmig, daß sich die Soldaten des freien Landjägerkorps bei der ganzen Unternehmung trotz der herausfordernden und bedrohlichen Haltung der unruhigen Volksmasse unantastbar benommen haben.

Es ist tief zu bedauern, daß stellenweise die Bevölkerung dem Militär die unantastbare und schwierige Entwaffnungsarbeit derartig erschwert. Die Gründe dafür dürften allerdings bei den Einwohnern der Weinmeisterstraße ohne weiteres ersichtlich sein.

## Ein falsches Gerücht

Der „Abend“ brachte die Nachricht, daß die Arbeiter der Größtlichen Gaswerke erneut Forderungen gestellt hätten. Das Gerücht ist dem Magistrat mitteilt und mit, daß weder dem Magistrat noch der Direktion der Gaswerke von solchen Forderungen etwas bekannt ist. Der Magistrat hat erst vor wenigen die Forderungen der Gasarbeiter erfüllt.

## Die Reichsregierung gegen unberechtigte Entlassung von Spandauer Arbeitern.

Durch einzelne sozialistische Arbeiterkreise in Spandauer Betrieben sind wiederholt mißliebige Arbeiter entlassen worden. Auf eine Beschwerde hat die Reichsregierung an den Zentralarbeitsrat der Spandauer Militärinstitute folgende telegraphische Anweisung ergehen lassen.

„Arbeiter Erich Hoffmann, Munitionsfabrik, beschwert sich über Entlassung durch Arbeiterrat hin. Arbeiterkreise haben alle Angelegenheiten des Arbeiterverbandes gemeinsam mit der Betriebsleitung zu regeln, aber nicht eigenmächtig über deren Kopf hinweg zu handeln. Im Falle der Abfertigung ist Schlichtungsausschuß anzurufen und Regierung zu benachrichtigen. Wir ersuchen Betriebsräte in diesem Sinne zu verständigen. Entlassene sind wieder einzustellen. Reichsregierung Ebert.“

## Zum Elektrizitätsarbeiterstreik.

Gegenüber unserer Darstellung an der Spitze des heutigen Morgensblattes über die Ursachen des Streiks legt der Magistrat der Stadt Berlin Wert darauf, festzustellen, daß er noch Montag nachmittags ausdrücklich beschlossen hat, sich an der von den Arbeitern am Montag vorgefälligen Anwendung des Einigungsamtes des Gewerbegerichts zu beteiligen. Von diesem Vorschlag sind jedoch die Arbeiter am Dienstagmorgen gegen jedes Erwarten abgegangen und ohne neue Verhandlungsversuche in den Streik getreten. Erst am Dienstagabend haben sie sich dann, auf Ansuchen der Vorliegenden des Gewerbegerichts zu Verhandlungen vor diesem bereit erklärt.

Ein geliebter Schwindler, der es sonderbarer Weise ausschließlich auf Spiralkohler abgesehen hat, wird von den Polizeibehörden Groß-Berlins gefaßt. Der Gauner, ein 24jähriger Kaufmann Albert Suppner, hat sich Verleibungen aneignen lassen, deren Ausbruch den Anzeichen erweist, daß es sich um eine echte Firma handelt. Infolgedessen hätten die Fabrikanten, denen es auf diesen Vogen größere Bestellungen auf Spiralkohler schickte, die Aufträge auch gern aus. Immer ist die Bestellung dringlich, und Suppner läßt die Ware gemächlich durch einen Boten oder auch durch Kraftwagen abholen, und zwar nicht in der Fabrik, sondern an einer verdeckten Stelle. Durch die Vertrauensseligkeit der Fabrikanten hat der Betrüger auf diese Weise Ware im Wert von vielen Tausenden von Mark erbeutet. Suppner konnte zwar bereits einmal festgenommen werden, es gelang ihm aber am 24. Dezember, wohl infolge der Unruhe in Berlin, zu entweichen, als er zu einer Gegenüberstellung transportiert wurde. Bisher ist es nicht gelungen, den Schwindler wieder habhaft zu werden.

Eine traurige Mitteilung hat das Verschwinden des 46jährigen Knaben Gruber, des Sohnes einer Spandauer Kriegswitwe gefunden. Der Kleine hatte mit anderen Kindern an der Heerstraße gespielt und war nicht mehr nach Hause zurückgekehrt. Jetzt ist der kleine Gruber auf einem Randengrundstück tot aufgefunden worden. Die Untersuchung hat ergeben, daß er erschossen worden ist. Als Täter kommt der 19jährige Walter B. aus Spandau, dessen Vater das Randengrundstück besitzt, in Frage. Anscheinend ist der kleine G. aus Unvorsichtigkeit erschossen worden. Der Täter ist vorläufig in Haft genommen worden. B. hatte die Leiche unter einer leeren umgestülpten Tonne versteckt. Zur Beseitigung der Leiche hatte er sich an ein ihm bekanntes Mädchen um Mithilfe gewendet. Das Mädchen hat sich aber geweigert und sofort die Mutter des getöteten Knaben benachrichtigt, wodurch die rätselhafte Sache zur Kenntnis der Behörde gelangte.

## Groß-Berliner Lebensmittel.

Zuchholz. Es gelangen von nächster Woche an zur Verteilung auf Abchnitt 35 200 Gramm Rumpstrog zum Preise von 30 Pf.

## Groß-Berliner Parteinachrichten.

Schöneberg. Heute abend 8 Uhr: Zwei öffentliche Wähler-Veranstaltungen. 1. in der Aula der Hohenstaufenschule, Weißiger Straße 48-50. 2. in der Aula Gammelschule, Barbarossaplatz.

Neußtra. Heute abend 8 Uhr, in den bekannten Vegetarischen Extra-Bezirksversammlungen. Die Wahlen zur preussischen Nationalversammlung.

16. Abteilung. Heute abend 7 1/2 Uhr, Versammlung in der Aula des Humboldt-Gymnasiums, Gartenstraße 25.

## Aus aller Welt.

### Zugzusammenstoß.

Paris. Dem „Petit Parisien“ wird aus Ranc gemeldet, daß zwischen Reufhoteau und Lou ein Provinzialzug und ein Güterzug zusammenstießen. Nach den ersten Berichten zählt man 30 Tote und 50 Verwundete.

**Ingenieure, Techniker, Chemiker, Werkmeister!**  
Donnerstag, den 23. Januar, abends 7 1/2 Uhr,  
in den Pharusälen, N. Müllerstr. 142:  
Große  
**Technikerversammlung.**  
Thema: Die Sozialisierung der Betriebe.  
Redner: Redaktor Kallist, Ingenieur Striemer,  
Freie Hauspächter. Gegner höflich eingeladen.  
Um zahlreichem Besuch bitten  
Der Propaganda-Ausschuß.

**Grifföhl-Linien**  
Amerikanische Journale.  
**GEBR. SCHERK** 108 Köpenicker Straße 108  
Amt Moritzpl. Nr. 3451, 3452, 3453.

**Reparaturen an Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Addier-Maschinen**  
in eigener mechan. Werkstatt bei billigster Berechnung.  
Aushilfsmaschinen! Ersatzteile!  
Mietweise Abgabe von Rechenmaschinen.  
**Leipziger**  
**Cosmos** -traße 23  
Farnspr. Zentr. 180 u. 419.

**Verkäufe**  
Bücher jetzt billig (oft neue)  
Kunstwerke, Gemälde, Porzellan, Silber, Gold, Schmuck, Uhren, Antiquitäten, Möbel, Teppiche, etc.  
Kaufmannschaft, etc.

**Kreuzfische. Gelegenheiten!**  
Erlaubt Bazar.  
Kaiser-Wilhelm-Straße 16, am Alexanderplatz.

**Enthaarung!**  
Gesichtshaare u. alle Hautkörperhaare vernichtet auf schmerzlos u. radikal. Depilator durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Gar. unschädlich. M. A., verest. 4. - u. 6. - M. Otto Reichel, Berlin 43, Elisenbaanstr. 4.

**Verkauf**  
Kaufmannschaft, etc.  
Kaufmannschaft, etc.

**Enthaarung!**  
Gesichtshaare u. alle Hautkörperhaare vernichtet auf schmerzlos u. radikal. Depilator durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Gar. unschädlich. M. A., verest. 4. - u. 6. - M. Otto Reichel, Berlin 43, Elisenbaanstr. 4.

**Enthaarung!**  
Gesichtshaare u. alle Hautkörperhaare vernichtet auf schmerzlos u. radikal. Depilator durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Gar. unschädlich. M. A., verest. 4. - u. 6. - M. Otto Reichel, Berlin 43, Elisenbaanstr. 4.

**Verkauf**  
Kaufmannschaft, etc.  
Kaufmannschaft, etc.

**Enthaarung!**  
Gesichtshaare u. alle Hautkörperhaare vernichtet auf schmerzlos u. radikal. Depilator durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Gar. unschädlich. M. A., verest. 4. - u. 6. - M. Otto Reichel, Berlin 43, Elisenbaanstr. 4.

**Enthaarung!**  
Gesichtshaare u. alle Hautkörperhaare vernichtet auf schmerzlos u. radikal. Depilator durch Absterben d. Wurzeln allmählich und für immer. Gar. unschädlich. M. A., verest. 4. - u. 6. - M. Otto Reichel, Berlin 43, Elisenbaanstr. 4.